

Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung
Seminar Partizipative Haushaltspolitik
Arbeitsmaterial

Gesellschaftspolitik (Öffentliche Politik) in Brasilien: das Erbe, Tendenzen und Herausforderungen

Erarbeitet durch FASE als Bildungsmaterial im Rahmen eines Kurses zur Schulung von KommunalpolitikerInnen
Übersetzung Rosa-Luxemburg-Stiftung Büro Sao Paulo 2003

Die Gesellschaftspolitik (Öffentliche Politik) in Brasilien: das Erbe, Tendenzen und Herausforderungen

Der Themenkomplex der öffentlichen Politik in Brasilien soll hier in drei große Blöcke unterteilt werden. Im ersten soll das Erbe der öffentlichen Politik in Brasilien diskutiert werden. Im zweiten geht es um neue Tendenzen der Weltwirtschaft und deren Auswirkungen auf die öffentliche Politik in Brasilien. Und im Dritten werden die Bedrohungen und die Chancen für die brasilianische Volksbewegung dargestellt.

1. Das Erbe der öffentlichen Politik in Brasilien

Als neues Erbe bezeichnen wir den Zeitraum ab den 30er Jahren bis heute, in dem Brasilien sehr großen Veränderungen unterworfen ist. In den 20er Jahren war Brasilien ein Agrarstaat. In der Volksumfrage von 1920 wurde ermittelt, dass 30% der brasilianischen Bevölkerung in der Stadt und 70% auf dem Land lebten. Fünfzig Jahre später hatte sich die Lage bereits umgekehrt, 70% lebten in den Städten und nur 30% auf dem Land. Bis 1930 war Brasilien eine Agrarwirtschaft. Bereits 1980 war das industrielle BIP Brasiliens an achter Stelle in der Weltrangliste. Nach den sieben großen Industrieländern kam Brasilien gleich an achter Stelle. Dies soll uns nur einen Einblick vermitteln in die Veränderungen des Gesellschafts- und Wirtschaftsprofils innerhalb eines halben Jahrhunderts. Um die derzeitige Situation zu verstehen ist es notwendig sich vor Augen zu führen, was für ein Staat früher bestand und welches Erbe und welche Kennzeichen sich in dieser Entwicklung abzeichneten.

Was den brasilianischen Staat in dieser Zeit (1920 – 1980) besonders kennzeichnete waren sein Entwicklungsorientiertheit, seine konservative, zentralisierte und autoritäre Handlungsweise. Es war kein sozialer Wohlfahrtsstaat. Der Staat förderte die Entwicklung und nicht die Veränderung der Beziehungen innerhalb der Gesellschaft. Es handelte sich um einen konservativen Staat dem es gelang phantastischer Veränderungen zu fördern, ohne beispielsweise Besitzstrukturen zu verändern. In dieser Phase war das vorrangige Ziel des brasilianischen Staates den Industrialisierungsprozess voran zu treiben. Seit Beginn des Jahrhunderts hat man sich für die Industrialisierung entschieden. Die große Aufgabe war es, diesen Prozess zu konsolidieren und Brasilien zu einer großen Macht zu machen. So war das vorrangige Ziel ausschließlich ökonomisch: nämlich eine Zwischenmacht im Weltszenario zu errichten. Der Staat hatte die Aufgabe die private Kumulierung im Produktionsbereich durchzuführen. Der Schwerpunkt der öffentlichen Politik richtete sich darauf, das Wirtschaftswachstum zu fördern, den Industrialisierungsprozess zu beschleunigen, was vom brasilianischen Staat ohne die Veränderung der Besitzverhältnisse in der brasilianischen Gesellschaft beabsichtigt wurde.

Der brasilianische Staat ist, in seiner Tradition, zentralisierend. Die schwache Betonung der sozialen Wohlfahrt, das heisst, die Tradition viel stärker das Ziel des Wirtschaftswachstums zu betonen und in weit geringerem Maße den sozialen Schutz der Gesellschaft führte dazu, dass der Staat eine Macherhaltung und nicht eine regelnde Haltung annahm.

Wir stehen nicht in der Tradition eines regelnden Staates, sondern eines handelnden, schützenden Staates, wir stehen nicht in der Tradition eines Staates der den politischen Raum mit der Gesellschaft regelt und verhandelt, diesen Lernprozess beginnen wir erst heute. Der regelnde Staat verlangt den Dialog zwischen der Regierung und der zivilen Gesellschaft, und wir stehen nicht in dieser Tradition. Der zentralisierende Staat war in vielen Momenten unserer Vergangenheit gleichzeitig auch autoritär: wir hatten eine lange Diktaturperiode unter Vargas und später eine lange Diktaturperiode der Militärregierungen nach 64. Aus diesem Grunde ist der autoritäre Charakter in der öffentlichen Politik des Landes sehr stark.

Auf Grund seines autoritären Charakters bestand für den Staat keine Legitimationspflicht vor der Mehrheit der Gesellschaft, er wurde schließlich Geisel der Lobbies der Mächtigen in den Kabinetts, hauptsächlich in Brasilia, da die Union eine zentrale Rolle spielt. Und die großen Führungsfiguren konnten während der Diktatur nicht einmal Druck ausüben. Einige waren im Exil, andere wurden umgebracht. Aus diesem Grunde wurde die Tradition, die Abgedroschenheit des autoritären Aspektes zu einem sehr starken Kennzeichen der öffentlichen Politik des Landes, und die öffentliche Politik war eigentlich in stärkerem Maße Wirtschaftspolitik. Wenn wir das Augenmerk auf die nahe Vergangenheit richten, sind die Sozialpolitik und die Regionalpolitik lediglich Wurmfortsätze und nicht Schwerpunkt der Aufmerksamkeit der öffentlichen Politik. In diesen war der Schnitt vorrangig kompensatorisch, denn der Schwerpunkt lag auf der Wirtschaftspolitik, nachdem die Industriepolitik hegemonial war, da das zentrale Ziel die Industrialisierung war.

Dieses autoritäre und konservative Profil zeigt sich auch in der Art und Weise, wie die Sozialpolitik traditionell geplant wird. Politische Akteure in Brasilia neigen dazu, Brasilien als Durchschnitt zu sehen. Und der Durchschnitt sagt fast gar nichts über Brasilien aus, da es sich hier um ein sehr heterogenes Land handelt. Aus dieser Haltung folgt die Schwierigkeit, die tatsächlichen heterogenen Charakter des Landes zu berücksichtigen. Jeder Ort benötigt eine Lösung die sich an seiner spezifischen Realität orientiert. Bei einer zentralisierten Politik homogenisiert sich die Behandlung. Die Zentralisierung führt dazu, dass die Vorschläge von oben nach unten erfolgen, und so ist auch die Tradition der Sozialpolitik im Land. Hinzu kommt die daraus folgende Schwierigkeit, eine Teilnahme der Gesellschaft zu fördern.

Aber sehen wir weiter: Welche Art von Handlungen hat der Staat durchgeführt? Der brasilianische Staat hat alles getan um das industrielle Wachstum zu fördern: er hat finanziert, geschützt, hat Anteile geschaffen und Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Die staatlichen Industrien, die nun privatisiert werden, produzierten die Betriebsmittel. Der staatliche Produktionssektor beteiligte sich an den schwereren Aktivitäten, die eine höhere Investition erforderten und ein langsames Ergebnis aufwiesen. Die Herstellung von Stahl, der Bergbau, die Ölförderung und die Energieversorgung haben alle die selbe Grundlage: es handelt sich um Grundbetriebsmittel. Der Staat hat in große, teure Projekte mit langsameren Ergebnissen investiert um dem Privatsektor die leichteren Bereiche mit höherer Rentabilität zu überlassen. Was in den letzten Jahren in diesem Land an Straßen, Häfen, Telekommunikationseinrichtungen errichtet wurde, ist unvorstellbar. Und wer war verantwortlich für alle diese Errungenschaften? Der brasilianische Staat. Nun wird ein Teil dieser Struktur im Rahmen der Privatisierungen wieder abgebaut.

In sehr viel geringerem Maße ermöglichte der brasilianische Staat auch Sozialdienste, Sicherheit und Justiz. Den regelnden Staat, wenn er zur Erreichung des Ziel unabdingbar wurde, war auch vorhanden, wenn auch in einem weitaus geringeren Maße als der handelnde Staat. Zum Beispiel griff der Staat in der Amtszeit von Vargas ein, um die Beziehung Arbeit-Kapital zu regeln. Das heisst, in dem Moment wo man sich für die Industrialisierung entscheidet, in dem sich die Arbeiterschaft entwickelt und es notwendig wird die Spielregeln zwischen Arbeit und Kapital festzulegen, äußerte sich der brasilianische Staat eindeutig. Aus der Amtszeit Vargas stammen die Regelungen über den Mindestlohn und die Grundlagen für Arbeitsgesetze, die weiterhin gültig sind. In den Arbeitsgerichten, sozusagen in den regelnden Mechanismen zwischen dem Stadtarbeiter und dem Kapital war der Staat sehr präsent.

Und worin liegt unser Erbe aus dieser Geschichte, mit der Unterstützung des brasilianischen Staates? Meiner Ansicht nach haben wir ein Land geerbt, das sich in wenigen Jahren an achter Stelle in der Weltwirtschaft behaupten kann und das gleichzeitig den größten sozialen Bruch aufweist verglichen mit anderen Ländern mit ähnlichem Charakterbild. Es gilt kein Land mit dem selben Charakterbild wie Brasilien. Es gelang ein wirtschaftlicher Aufstieg der erfolgreich ist in Hinblick auf seine Ziele aber einzigartig in Hinblick auf die Einkommensverteilung: 20% der

Ärmsten erhalten nur 2% des nationalen Einkommens, während die 10% reichsten fast 50% dieser Einkünfte für sich verbuchen können. Nur Guatemala, ein kleines Land ohne die wirtschaftliche Bedeutung Brasiliens, verfügt über ein ähnliches Charakterbild. Tatsächlich haben wir ein Land mit einer hohen wirtschaftlichen Vitalität geerbt, welches möglicherweise zum Beispiel wirtschaftlichen Erfolges in der Geschichte des 20. Jahrhunderts mausert, und gleichzeitig jedoch einen tiefen Bruch aufweist, da 2/3 der Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurde. Und mit diesem verletzten Brasilien müssen wir uns einem neuen Zeitalter stellen.

Die 90er Jahre sind gekennzeichnet durch Veränderungen in der Weltwirtschaft. Wir leben in einer Krise. Nicht nur die sozialistische Welt sondern auch die kapitalistische Welt ist in der Krise. Die Wirtschaftsfachleute benutzen zwei Grundindikatoren um diese Krise auszudrücken: das geringe Wachstum der Produktion mit einer mittleren Rate von 2,5% bis 3% weltweit, mit Ausnahme von China, das in den letzten fünf Jahren ein Wachstum von 10% jährlich aufwies. Aber im Durchschnitt zeigen selbst die großen Länder sehr geringe Wachstumsraten. Ein weiterer Indikator sind die Investitionsraten, die in den letzten Jahren ebenfalls bescheiden waren. Die kapitalistische Wirtschaft geriet in den 90er Jahren in eine Krise, und erlebt eine Phase der Vorbereitung und der Veränderungen, eventuell in Richtung eines weiteren Expansionskreises, der sich jedoch noch nicht gefestigt hat. In dieser neuen Weltstimmung möchte ich drei große Bewegungen hervorheben: die Bewegung der Globalisierung, die Bewegung der produktiven Neustrukturierung und die Bewegung des Finanzspekulationskapitalismus [*Financeirização*] des Reichtums.

2. Neue Tendenzen der Weltwirtschaft und deren Auswirkung auf die öffentliche Politik in Brasilien.

Die Bewegung der Globalisierung ist nicht neu, und auch nicht kennzeichnend für die Krise. Es ist ein Prozess der internationalisierung des Kapitals, der bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Es besteht eine alte Bewegung in diese Richtung, aber erst Ende dieses Jahrhunderts stärkt und konsolidiert sich diese immer mehr. Sie stellt in Wirklichkeit eine Veränderung in der Welt dar: die Existenz, heute, einiger Wirtschaftsakteure die in der Lage sind, auf globaler Ebene zu handeln. Eine große multinationale Gruppe kann heute hunderte von Fabriken besitzen, verteilt auf dutzende von Ländern, kann alles in Echtzeit kontrollieren, da dies von der Revolution der Telekommunikation ermöglicht wird. Tatsächlich planen die multinationalen Konzerne heute mit Blick auf die Weltkugel und handeln ausschließlich auf globaler Ebene. Und dies ist ein neuer Aspekt, denn jetzt gibt es Akteure mit dieser Fähigkeit. Und deren Existenz stört alle, denn die Verbindung zwischen den Wirtschaftsräumen wächst. Diese wirtschaftlichen Handelnden legen bestimmte Homogenisierungen fest. Die Spielregeln, die Wettbewerbsstandards und die Art der wirtschaftlichen Organisationen werden tatsächlich von ihnen festgelegt, was schließlich die Gesamtheit des Wirtschaftsraumes auf der ganzen Welt beeinträchtigt, insbesondere in den mittleren Ländern wie Brasilien, die für diese Akteure von besonderem Interesse sind. Dieser Prozess ist selektiv, nicht homogen.

Die Bewegung der produktiven Neustrukturierung ist in Wirklichkeit die Art und Weise wie der Kapitalismus sich neu organisiert um zu versuchen aus die Krise zu bewältigen. Neben der Globalisierung erfolgen wichtige Veränderungen. Auf Grund der Krise erfolgen diese mit dem Ziel, einen neuen Produktionsstandard für die Zukunft zu suchen. Und neue dynamische Sektoren auf dem weltweiten Szenario, wie zum Beispiel der elektro-elektronische Bereich, der viel dynamischer ist als der Maschinenbaubereich. Dieser war mit ein Zugpferd für die Wirtschaft des 20. Jahrhunderts. Während die einen Bereiche also an Dynamik verlieren, gewinnen andere. Wenn wir uns die Produktionskurven betrachten sehen wir, dass einige Aktivitäten im Aufstieg begriffen sind, andere abkühlen. Es setzen sich neue Arten von Produktionsprozesse durch. Die sogenannte wissenschaftlich-technische Revolution ändert wiederum die Produktionsweise. Jene starre

Produktionskette, die für das 20. Jahrhundert typisch war, wird ganz neu strukturiert. Die neuen Produktionstechniken führen die Möglichkeiten einer flexiblen Produktion ein und führen eine tiefgreifende Neuordnung des Produktionsprozesses durch, was zu schwerwiegenden Veränderungen führt. Es ist kein Wunder, dass die Diskussion um die Erziehung so präsent ist. In Wirklichkeit fordert das neue Produktionsmodell die Produktion von Wissen, es fordert eine ständige Neuerung des Produktionsprozesses. Die Verwaltungsstandards, die wir gewöhnlich nicht ausreichend schätzen, machen Veränderungen notwendig wie zum Beispiel die Beziehung des Unternehmens zu seinen Lieferanten und seinen Kunden sowie die interne Organisation des Unternehmens. Diese Standards verändern sich tiefgreifend, auch ideologisch. Massive Investitionen erfolgen heute in den Bereichen Wissen und Erziehung.

Es ist wichtig dass in Brasilien die Bewegung der produktiven Umstrukturierung, die normalerweise vernachlässigt wird, auf Verständnis stößt. Die Globalisierung wird stark diskutiert, die Umstrukturierung hingegen sehr wenig. Viel weniger noch wird die Bewegung des Finanzspekulationskapitalismus [*Financeirização*] diskutiert. Es besteht aktuell weltweit eine enorme Möglichkeit im finanziellen Bereich Reichtum zu schaffen, was zwar im Kapitalismus immer existiert hat, jedoch nie in diesem Ausmaß.

Parallel zu diesen Tendenzen und gleichzeitig mit diesen verbunden geschieht heute auf der Welt etwas sehr bedeutsames, nicht in der Größenordnung der realen Welt sondern in der politisch-ideologischen Dimension. Es handelt sich um die Hegemonie der neoliberalen Vision. Wenn wir uns die aktuelle Weltlage ansehen, stellen wir fest dass diese Tendenzen die Konsolidierung einer Vision begünstigen, die ideologisch und politisch ist: die Sichtweise „je weniger Staat und je mehr Markt desto besser; je mehr Individualität und je weniger Kollektivität desto besser.“ Dies ist die Perspektive der Führungskräfte weltweit. Diese bestimmt alle Gesellschaften am Ende dieses Jahrhunderts. Es handelt sich um einen Ansatz der die Änderungen der realen Welt begünstigt damit das globalisierte Kapital die ganze Welt umkreist. Je weniger Bedeutung der Nationalstaat hat, desto besser kann sich diese Tendenz letztlich durchsetzen. In diesem Prozess wird die Rolle der Nationalstaaten neu definiert. Es werden überstaatliche Instanzen gebildet wie das Europaparlament.

Der Staat spielt eine geringere Rolle in der Produktion, in der Regulierung und räumt somit dem Markt Vorrang ein, was für die Durchführung des neoliberalen Projektes hervorragend ist. Daraus folgend gibt es weniger öffentliche Politik und mehr Waren und Dienstleistung. Erziehung wird nun, zum Beispiel, als Ware gehandelt: sie ist nur für denjenigen zugänglich, der diese bezahlen kann. Dieser Sichtweise möchten wir nun unseren Gesichtspunkt entgegen stellen, dass die Erziehung ein öffentliches Gut ist und demnach zu den Pflichten des Staates zählt.

Man kann sagen, dass während der Amtszeit von Fernando Henrique Cardoso in Brasilien zwei wichtige Tendenzen vorherrschend waren. Die erste zeigte sich in der zentralen Entscheidung für eine Eingliederung in die Welt, was wir unterwürfige Eingliederung nennen können, was jedoch von den Wirtschaftsexperten der Regierung „Wettbewerbsintegration genannt wurde“.

Es war die Entscheidung, Brasilien für dieses weltweite Umfeld wettbewerbsfähig zu machen. Da es sich in Wirklichkeit um eine vom Markt auferlegte Integration handelt, können wir diese als unterwürfig bezeichnen. Und der brasilianische Staat, der eine ausdrückliche Industriepolitik betrieb, gab diese auf. Der Markt sollte entscheiden was bleibt und was nicht.

Eine weitere wichtige Tendenz hinter der öffentlichen Politik war der Finanzspekulationskapitalismus [*Financeirização*] des Reichtums. Wenn wir diese nicht berücksichtigen, können wir beispielsweise die Privatisierung in Brasilien nicht verstehen. Denn die Regierung argumentierte: Wir müssen privatisieren um Erträge zu schaffen und unsere Schulden zu vermindern. In den Konten der Regierung wurde jedoch deren Verschuldung deutlich. Tatsächlich erfolgte genau das Gegenteil. Die staatlichen Unternehmen wurden verkauft und aus allen Verläufen wurden lediglich 9 Milliarden Dollar erzielt. Als Erträge konnten davon lediglich 20% verbucht werden. Achtzig Prozent davon waren faul. Nun fragen wir uns: haben sich die

Staatsschulden dadurch verringert? Nein! Die Schulden sind angestiegen. Der Fortschritt der Staatsschuld beträgt von 55 Milliarden Dollar während der Amtszeit Sarney; 12 Milliarden durch den Betrug von Zélia, 36 Milliarden von Marcílio. Als Fernando Henrique das Finanzministerium übernahm beliefen sich die Schulden auf 40 Milliarden Dollar und erreichte bereits im September 98 Milliarden. Allein Fernando Henrique Cardoso als Minister hat die staatliche Verschuldung um 150% erhöht. Das heisst, wir sind noch höher verschuldet und stehen ohne das Vermögen dar, das privatisiert wurde. Vermögen, dass mit faulen Mitteln privatisiert wurde. Anstatt die Schulden zu senken hat die Regierung die Zinssätze erhöht um Reserven anzulocken (Dollar) und hat viele Staatsschuldverschreibungen ausgestellt. Die Verschuldung und das öffentliche Defizit sind angestiegen. So hat die Regierung das finanzielle Ungleichgewicht nicht gelöst, sondern sich in diesen beiden Konten erschöpft: die Unterwerfung unter die Auslandsschuld und die Unterwerfung unter die Inlandsschuld. Das ist eine der aktuellsten Diskussionen. Weil wir öffentliche Politik brauchen und weil diese Regierung tatsächlich nicht über Mittel verfügt diese zu finanzieren.

3. Bedrohungen und Chancen für die Volksbewegungen

Aber Brasilien besteht nicht nur aus Regierung. Es gibt noch ein anderes Brasilien, und das sind wir. Wenn wir uns dieses andere Land ansehen, sehen wir einen Weg, der sich stark von dem Weg unterscheidet, der von den Mächtigen vorgezeichnet wurde. Es gibt einen Vorschlag zur Staatsreform in der brasilianischen Gesellschaft. Und es handelt sich nicht um ein neoliberales Angebot. Es ist ein anderes! Es gibt einen Plan zur Dezentralisierung! In der Praxis erfolgt bereits eine Dezentralisierung durch die brasilianische Gesellschaft. Immer wenn gesagt wird konzentrieren, neu zentralisieren, antworten wir „Nein!“ Es gibt eine Entscheidung die aus der brasilianischen Gesellschaft von innen heraus kommt, welche die Zentralisierung ablehnt. Wir wissen, dass die Zentralisierung in Brasilien nicht funktioniert. Wir führen eine Dezentralisierung durch. Wir besetzen die Räume der Dezentralisierung. Es gibt einen Bereich der für die Demokratisierung des brasilianischen Staates eintritt! Wir sprechen uns gegen den geschlossenen Staat aus, der sich nur den Lobbys unterwirft. Es muss einen weiten Bereich geben, um die Entscheidungen und die Einführung der notwendigen öffentlicher Politik zu diskutieren. Es gibt eine Kraft in der brasilianischen Gesellschaft, die versucht, den Raum der Dezentralisierung einzurichten. Es gibt eine Entscheidung zugunsten der Sozialpolitik! Um jenen entwicklungsorientierten Staat, der nur das Wirtschaftswachstum förderte zu reformieren und Raum zu schaffen für einen Staat der Gesundheit fördert, der Erziehung fördert und der Sicherheit fördert. Einen Staat mit Sozialpolitik. Es gibt Vorschläge die einen verändernden Staat befürworten!

Es gibt eine im Laufe dieser Jahre angesammelte Erfahrung, vor allem in den lokalen Regierungsbereichen, viel stärker im Bereich der Gemeinden und einiger Bundesstaaten als auf Unionsebene. Es hat sich viel Erfahrung angesammelt, auch in den nicht-regierungsbereichen. Brasilien ist nicht tot! Das Land ist voll von lokalen Erfahrungen, die zeigen wie man organisiert, wie man pflanzt, wie man handelt, wie man regiert.

Die Herausforderungen und Möglichkeiten für Brasilien machen die Einsicht in den heterogenen Charakter des Landes notwendig, und in dieser Hinsicht ist die öffentliche Politik, auf Grund des zentralisierenden Blickwinkels, in die Irre geleitet. Da aber die verallgemeinernden Maßnahmen von oben nach unten durchgesetzt werden besteht eine Tendenz so zu handeln, als wäre Brasilien ein einheitlich ähnliches Land, was nicht der Fall ist. Wir wissen aber auch dass es trotz des heterogenen Charakters möglich ist, Ähnlichkeiten festzustellen, zu verallgemeinern, was Gemeinsamkeiten sind und entscheiden, was unterschiedlich ist. Es handelt sich um eine Herausforderung da wir diese Tradition in der öffentlichen Regierungspolitik nicht haben. Eine weitere Herausforderung wäre, trotz der brasilianischen Tradition, mit dem Gedanken zu brechen, dass öffentlich ein Synonym für regierungsbezogen ist.

Für Brasilien scheint ein dezentralisiertes koordiniertes Modell das Richtige zu sein. Die Frage ist, wer übernimmt die Koordination? Wie werden wir diese Koordinationsschwerpunkte in der öffentlichen Politik der Regierungen organisieren? Welche Rolle spielen die NROs in dieser dezentralisierten Umgebung? Wenn nicht alles was öffentlich ist, auch von der Regierung ist und wenn es die Dezentralisierung gibt, bleibt uns ein riesiger Raum für die NROs. Und wie können die NROs die Verzettelung vermeiden? Welche Rolle spielen die Vereinigungen der NROs in Brasilien heute im Vergleich zu der öffentlichen Politik? Um diese Fragen zu untersuchen müssen wir das dezentralisierte koordinierte Modell besprechen, das für Brasilien geeignet scheint. Die regelnde Rolle des Staates kann und sollte erweitert werden. Mit einem regelnden Staat kann man diskutieren.

Eine andere Frage ist der im Bereich der Demokratisierung erzielte Fortschritt. In vielen Fällen mussten wir Räume schaffen. In anderen Fällen hat die Regierung Räume geschaffen. Heute gibt es institutionalisierte Beiräte, die wichtige Beteiligungsräume darstellen deren Zusammensetzung jedoch die Machtbeziehung festlegt. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Aufgaben der Beiräte. Einige haben ausschließlich beratende Funktion andere sind entscheidungsbefugt. Wenn diese entscheidungsbefugt sind können wir besser Einfluss nehmen, dass heisst, wenn sie mit Entscheidungsaufgaben betraut sind, beeinflussen sie den Lauf der Politik und üben demnach stärkere Macht aus.

Die Erfahrung der Dezentralisierung angesichts der Finanzkrise ist eine weitere Frage die diskutiert werden muss. Wir beteiligen uns einerseits an Beiräte für Gesundheitsfragen, im Gegenzug wird die Gesundheit privatisiert. Schließlich verwalten wir den verdorbenen Anteil am öffentlichen Gesundheitssystem. Ob es sich wohl lohnt ein einheitliches Gesundheitssystem zu haben, mit einem demokratisierten Beirat und allem was dazu gehört wenn wir uns schließlich hinsetzen und keinerlei Entscheidung treffen, weil nichts zu entscheiden ist? Und dann meinen wir der Fehler liegt bei den Beiräten. Ist das wirklich der Fehler, oder liegt dieser nicht eher in den fehlender Investitionen der Regierung auf dem Gesundheitssektor? Wo liegt denn nun der Fehler? Der Fehler liegt in der Wirtschaftspolitik und dort müssen wir eingreifen und nicht in unserer Erfahrung der dezentralisierten und demokratischen Verwaltung.

Zum Schluss möchten wir einige Schlüsselgedanken zur Diskussion der öffentlichen Politik und der Rolle der Beiräte unterstreichen:

1. Die Wirtschaft ist Ergebnis der politischen Entscheidungen und nicht der technischen Entscheidungen, wie uns der technokratische Diskurs glauben machen möchte.
2. Die Krise des Staates ist die Krise eines spezifischen Staatenmodells das in Brasilien während der längsten Zeit des 20. Jahrhunderts gültig war, eines entwicklungsorientierten und konservativen Staates;
3. Das Modell des entwicklungsorientierten Staates förderte einerseits die Entwicklung, verursachte jedoch andererseits die enormen Ungleichheiten die wir in Brasilien heute haben.
4. Hauptsächlich ab dem Zeitpunkt der Militärdiktatur wurde dieses Entwicklungsmodell durch die Internationalisierung der Wirtschaft und durch das Wachstum der Verschuldung im In- und Ausland unterstützt, wodurch die mangelnde Nachhaltigkeit des Modells und seine tiefe Krise ausgelöst wurde;
5. Die durch dieses Modell verursachten sozialen Ungleichheiten sind ein enormes Hindernis zur Überwindung dieser Krise;
6. Die politischen Entscheidungen der Regierung von Fernando Henrique Cardoso haben der Zahlung der Schulden Vorrang eingeräumt und dadurch die Förderung von sozialpolitischen Maßnahmen behindert;
7. Die Beiräte können ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung dieser Ungleichheiten darstellen;
8. Die Gemeinde allein ist nicht in der Lage die unermesslichen geerbten sozialen Bedürfnisse zu lösen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit sich öffentliche Politik in integrierter Form

zu überlegen, auf Ebene der Union, der Bundesstaaten und auf kommunaler Ebene. Die Beiräte können bedeutsame Instrumente für diese Artikulation darstellen. Die Beiräte können sowohl auf horizontaler Ebene (zwischen den verschiedenen Beiräten) als auch auf vertikaler Ebene (zwischen den verschiedenen Segmenten einer selben Politik) eine mächtige Artikulation bilden fördern;

9. Die Zusammenkünfte auf den verschiedenen Ebenen (Union, Staaten und Gemeinden) sind wichtig, weil sie einen Blickwinkel des Staates oder Landes zu einer bestimmten Politik fördern.
10. Die sozialen Akteure und die Beiräte für Bereichsfragen sollen sich zur allgemeinen Wirtschaftspolitik äußern und sich in diese integrieren. Es ist unser Recht die allgemeine Wirtschaftspolitik zu kennen und zu diskutieren.